

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 M.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 11. Februar 1899.

Inserate die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 30 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Der Entwurf zum neuen Invalidenversicherungs-gesetz. — Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung. — Kurze Erwiderung. — Zur Abwehr. — Krankenunterstützung. — Konferenz der Metallarbeiter Württembergs. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Eingekandt. — An die Verwaltungsstellen des D. M. V. der Provinz Westfalen. — An die Verwaltungsstellen des Agitationsbezirks Schleswig-Holstein, Lauenburg und Viborg. — Abrechnung des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern für das 4. Quartal 1898. — Rundschau.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Brillen- und Pincenezarbeitern nach **Rathenow** (S. Henne) D.;
- von Drehern, Hoblern und Schlossern nach **Dresden** (Fischer & Wilsch) Str.;
- von Fahrradarbeitern nach **Freiburg i. S., Köln a. Rh.** (Stauffelradwerke) Str.;
- von Feilenhauern u. nach **Ansbach** (Aug. Böhl), nach **Frankenthal, Lützen, Mannheim und Ludwigshafen a. R.**, nach **Halle a. S.** (Ummendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) Str.;
- von Formern nach **Alt- und Neugersdorf** (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Binder), Str., nach **Pöbeln** (Maschinenfabrik F. Haake) Str., nach **Halle a. S.** (Büschdorf (Jakob)), nach **Landshammer a. M.**
- von Metallarbeitern nach **Pöskude** (Camillo Walther) und **Firma U. Schöne** Str.;
- von Nautischen Instrumentenmachern, Mechanikern u. nach **Christiania** (Norwegen), (Optiker F. C. Krohn);
- von Polirern nach **Gablenz** (Riemann) Str.;
- von Reibzeugmachern nach **Nürnberg** (Edert & Sohn) D.;
- von Schlossern u. Schmieden nach **Ishoe** (W. Wessel) R.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aufsicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Der Entwurf zum neuen Invaliden- Versicherungsgesetz.

Es herrscht heute in Deutschland kein Streit mehr über die Reformbedürftigkeit aller Arbeiterversicherungsgesetze; aber auch nicht darüber, daß das Unfallversicherungsgesetz am raschesten eine gründliche Durchsicht bedürfte. Wenn man dem Invalidenversicherungsgesetz den Vorrang ließ, so hätte Graf Posadowsky zwei für ihn durchschlagende Gründe: 1. dem Freiherrn v. Stumm gefällt der dem Reichstage in seiner früheren Session vorgelegte Entwurf zur Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes nicht, und 2. die Agrarier verlangen ein neues Millionengesetz auf Kosten der Arbeiter.

Den Agrariern war der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern ganz gehorsam, ja er muß ihre Erwartungen gewaltig übertroffen haben, nach seinem Entwurfe werden die industriellen Versicherungsanstalten den landwirtschaftlichen völlig tributpflichtig gemacht und hunderttausende ländliche Saisonarbeiter will man von der Versicherung gegen Alter und Invalidität ausschließen.

Um den Unwillen gegen diese neue, unerhörte Liebesgabe an die Agrarier einigermaßen zu paralytisieren, hat man sich entschließen müssen, dem Entwurfe einige Verbesserungen auch im Interesse der Arbeiter einzuberleiben. Freilich im Vergleich zu dem, was den Agrariern geboten wird und auch zu dem, was im Interesse der Arbeiter gefordert werden muß, erscheinen die Verbesserungen recht ungenügend.

Die Ueberlastung der Metallarbeiter-Zeitung mit den Diskussionen über die Arbeitslosenunterstützung u. s. w. zwingt uns, vorläufig wenigstens, bloß in gedrängtester Kürze den Inhalt des Gesetzes anzudeuten und uns auf die hauptsächlichsten Einwendungen zu beschränken. Bis zur zweiten Lesung im Reichstage werden noch Monate vergehen, so daß sich noch

Gelegenheit zu eingehenderer Behandlung des Entwurfes finden wird; für jetzt also bloß diese wenigen Bemerkungen.

Drei Fünftel des Vermögens der Versicherungsanstalten werden der Selbstverwaltung entzogen, aus diesem Theile des Vermögens der gut gestellten Anstalten sollen künftighin die Unterbilanzen der agrarischen Versicherungsanstalten kurirt werden. Dafür sollen den Arbeitern ein größerer Einfluß auf die Verwaltung der Anstalten eingeräumt werden und in reichlicherem Maße als bisher eine Verwendung der angesammelten Gelder im Interesse der vorbeugenden Krankenpflege gestattet werden, auch sollen Kapitalsanlagen für solche Veranstaltungen zulässig sein, die ausschließlich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu Gute kommen. Diese Bestimmungen nehmen sich auf dem Papier des Entwurfes gar nicht übel aus, aber es kommt sehr darauf an, wieviel die Agrarier den industriellen Versicherungsanstalten übrig lassen werden und welche Hindernisse die arbeiterfeindliche Bürokratie der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Weg legen wird. Ausgroß wird ja der Einfluß auf die Selbstverwaltung nicht sein, kommen doch gleich viel Arbeiter und Unternehmer in die Verwaltungen; da nun der von der Verwaltungsbehörde eingesetzte Vorsitzende weit häufiger mit seiner Stimme für die Unternehmer als für die Arbeiter den Ausschlag geben wird, so dürfte die Selbstverwaltung mehr den Unternehmern als den Arbeitern zur Freude reichen.

Ähnlich wird es auch mit der neu geplanten Einrichtung der örtlichen Rentenanstalten liegen, die wir aber trotzdem als einen nicht unerheblichen Fortschritt anerkennen wollen. Als Aufgaben sind ihnen gestellt:

1. Die Entgegennahme und Vorbereitung von Anträgen auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten oder auf Beitragsverstattungen;
2. die Begutachtung der in Ziffer 1 bezeichneten Anträge;
3. die Begutachtung der Entziehung von Invalidenrenten;
4. die Begutachtung der Einstellung von Rentenzahlungen;
5. die Errichtung von Anzeigen an den Vorstand der Versicherungsanstalt über die zu ihrer Kenntnis kommenden Fälle, in welchen Grund zu der Annahme vorliegt, daß Versicherte durch ein Heilverfahren vor baldigem Eintritte der Erwerbsunfähigkeit werden bewahrt werden oder daß Empfänger von Invalidenrenten bei Durchführung eines Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit wieder erlangen werden;
6. die Kontrolle über die Entrichtung der Beiträge;
7. die Auskunftserteilung über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten.

Weitere Obliegenheiten können der Rentenstelle nach Anhörung des Vorstandes der Versicherungsanstalt durch die für den Sitz der Rentenstelle zuständige Landes-Zentralbehörde oder mit deren Genehmigung durch den Vorstand übertragen werden.

Mit der Auskunftserteilung will man die Arbeitersekretariate niederfunkurrieren lassen durch die Rentenstellen; daß durch diesen neuen Anschlag gegen eine durchaus friedliche, von Freund und Feind anerkannte und nachgeahmte Institution der organisierten Arbeiter die Sympathie und das Vertrauen zu diesen neuen Einrichtungen gesteigert werden wird, könnte beim besten Willen auch nicht behauptet werden. Dies wird um so weniger der Fall sein, wenn die Regierungen, wie behauptet wird, zu ständigen Vorsitzenden pensionierte Offiziere ernennen sollte. Mindestens je vier von den Unternehmern einerseits und von den Krankenkassenvorständen für die Versicherten andererseits gewählten Weisiger sollen der Rentenstelle angehören. Wie oft gerade die Krankenkassenvorstände wenig geeignet sind, Vertreter der Arbeiter zu wählen, braucht nicht des weiteren auseinander gesetzt zu werden. Trotz alledem halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß die örtlichen Rentenstellen eine raschere und gerechtere Erledigung der Rentenansprüche herbeiführen werden, was im Interesse der armen Invaliden, die

jetzt oft unverzeihlich lange auf ihre paar Mark Groschen warten müssen, sehr zu wünschen wäre.

Einen kleinen Fortschritt bedeutet auch die Schaffung einer neuen, fünften Lohnklasse, der die Versicherten mit 1150—2000 M. Einkommen oder Gehalt zugewiesen werden. Auch die Zahl der versicherungspflichtigen Personen wird ausgedehnt, so werden künftighin auch Techniker, Werkmeister, sonstige Angestellte usw., soweit sie weniger als 2000 M. Jahreseinkommen beziehen, versicherungspflichtig sein. Bei der Zubilligung der Invalidenrenten soll etwas weniger kühn als bisher vorgegangen werden. Freilich werden auch künftighin viele, die invalide sind und sich durch ihrer Hände Arbeit ihr Brod nicht mehr verdienen können, mit ihren Ansprüchen auf Invalidenrente abgewiesen werden müssen. In der Denkschrift zu der Vorlage heißt es nämlich:

„Dauernde Erwerbsunfähigkeit liegt dann insoweit vor, als der Rentenbewerber nicht mehr im Stande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Vorbildung und bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter derselben Art in derselben Gegend durch Lohnarbeit zu verdienen pflegen.“

Man muß schon einen Geheimrathsgehalt mit den entsprechenden Zulagen haben, um begreifen zu können, daß invalide Arbeiter mit etwas mehr als einem Drittel ihres üblichen Einkommens vor dem Genusse der mehr als ungenügenden Invalidenrente ausgeschlossen bleiben sollen. Die Renten selbst sind in ihrer Abstufung etwas abgedändert worden, am besten zeigt dies die folgende kleine Tabelle. Es ergibt sich folgender Unterschied der Invalidenrenten (ohne Reichszuschuß):

Invalidenrente

Zahl der Beitragswochen	in Lohnklasse									
	I		II		III		IV		V	
	heute	Entwurf	heute	Entwurf	heute	Entwurf	heute	Entwurf	heute	Entwurf
200	64	64	72	96	73	129	86	160	192	
300	66	66	76	99	87	132	89	165	198	
500	70	70	90	105	105	140	125	175	210	
700	74	74	102	111	123	148	151	185	222	
1000	80	80	120	120	150	160	190	200	250	
1500	90	90	150	135	195	180	255	225	270	

Die Altersrenten werden um ca. 6 Prozent erhöht. Sie betragen ohne den Reichszuschuß

in Lohnklasse:	nach den alten Sätzen	nach den Sätzen des Entwurfs
I	56,80 M.	60 M.
II	85,—	90
III	113,20	120
IV	141,40	150

Die Wartezeit, die bisher bei der Invalidenrente fünf Beitragsjahre beträgt, soll künftighin 200 Beitragswochen, bei der Altersrente statt der jetzt geforderten dreißig Beitragsjahre 1200 Beitragswochen betragen.

An bürokratischer Schwerfälligkeit hat der Entwurf etwas verloren gegenüber dem noch in Kraft befindlichen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, von dem er sich schon durch den einfacheren Namen „Invaliditätsversicherungsgesetz“ unterscheidet.

Wenn der Entwurf auch keineswegs den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommt, wie es nach den Erfahrungen mit dem bestehenden Gesetze und der an demselben in reichstem Maße und von allen Seiten geübten Kritik erwartet werden müßte, so ist der nicht-agrarische Theil des Entwurfes doch als ein Fortschritt anzusehen. Die Verkoppelung dieser Reformen mit einer neuen kräftigen Liebesgabe an die unerfätt-

trotz der größten Mühe nichts Thatsächliches gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beibringen läßt.

Unglücklicherweise — für die Gegner — erscheint auch noch Kollege Döring auf dem Plan. Bei ihm trifft das Gegenteil von dem zu, was man sehr oft einem Artikel-

Leider bin ich gezwungen, etwas weiter auszuholen als Kollege Döring, sonst würde Kollege Dejung nicht ver-

Zunächst polemisiert Dejung gegen den Vorstand und die Befürworter der Unterstützung. Der Vorstand habe er-

Aber nun urtheile man ganz nüchtern. Hat der Vor-

Was sagt nun Kollege Dejung? „Die Freunde der

Doch jetzt sollen vielleicht die Bemerkungen kommen. Dejung

Wo bleibt denn da der prinzipielle Grund? Wir müssen

Wenn man den Artikel von Dejung sorgfältig studiert,

Doch jetzt kommt der Haupttrumpf! Das Kartenhaus

Sind das Kartenhäuser? Mit leeren Behauptungen

Was doch nicht noch alles gegen die Arbeitslosenunter-

Kesslich ist die Forderung auf Stichproben! Einen

Beinahe hätten wir vergessen, daß Kollege Dejung nur

Gerade wenn wir uns für die Zukunft nicht das Kampf-

Es wird da verwiehen auf unseren Einfluß bei den so-

In Nr. 8 kommt Dejung nun wieder zu der Behaup-

Seht die Maurerorganisation, wie dort die Lohnkämpfe

Man sollte sich doch einmal daran gewöhnen, die Menschen

Was noch gegen die Berliner in's Feld geführt wird,

Doch scheint es damit noch nicht genug zu sein. Der

Verhehlung! Mügen die Gegner ihre Gründe vorbringen:

Zum Schluß macht Kollege Dejung noch darauf auf-

In meinen Ausführungen habe ich die vom Kollegen

Kurze Erwiderung.

In der Diskussion über Einführung der Arbeitslosen-

„In einem Punkte stimmt Hämisch mit unserem Vorstand

Als Antwort darf ich den Genossen Dejung wohl ein-

Daß diese Anschauungen der Befürworter der Arbeits-

Von einem Eingehen auf die Verhältnisse eines speziellen

dadurch kommt es auch, daß die auszubehaltende Summe eine solche Höhe erreichen würde nach dieser Berechnung.

Nach Angabe des Vorstandes sind im Jahre 1897 49,000 Mitglieder eingetreten und 41,000 ausgetreten. Kann wird angenommen, daß die Arbeitslosenunterstützung diesen Schwankungen ein Ende bereiten würde.

Nun ist aber anzunehmen, daß der Mitgliederbestand zunehmen wird; sind in einem Jahre, wo der Verband keine materiellen Vortheile geboten hat, 49,000 Mitglieder eingetreten, so ist anzunehmen, daß bei Annahme des vorgeschlagenen Antrages ebenfalls jährlich 30,000 Mitglieder als dauernd zugeführt werden können.

Sollte nun die Ausgabe für Krankenunterstützung 300,000 M betragen, so bleibt ein Mehr von 219,000 M.

Es wird nun angeführt, daß die Unterstützung nur der Orts- oder Fabrikkrankenkasse zu Gute kommen würde, indem bei Vielen eine Ueberversicherung vorkomme.

Es könnte entgegengehalten werden, dadurch würde der Verband außer Stande sein, in irgend welche Bewegung einzutreten, da sämtliche Mittel aufgebraucht und wenn der Mitgliederbestand ein größerer, auch für Lohnbewegung mehr verlangt wird.

Wenn die Agitation jetzt schon schwer, so wird sie später bei Annahme der Arbeitslosenunterstützung noch schwerer werden. Wird mein Antrag angenommen, wird nicht nur die Agitation eine leichtere, sondern es wird auch der Mitgliederbestand ein größerer.

Daß mit 10 M Beitragserhöhung neben der Arbeitslosenunterstützung eine partielle Krankenunterstützung möglich ist, kann keinem Zweifel unterliegen.

Eine Karenzzeit mag auch hier angebracht sein. Mit geringen Mitteln würde hier unzweifelhaft eine große Rütke ausgefüllt und würden uns bei der Agitation die Früchte viel leichter in den Schooß fallen.

Eine Konferenz der Metallarbeiter Württembergs

fand am 22. Januar im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart statt. Weißmann eröffnete dieselbe mit einer Begrüßung der Delegirten um 1/11 Uhr Vormittags.

hervor, daß sehr viele Mißstände vorhanden sind, hauptsächlich nehme die Ueberzeitarbeit sehr überhand. Ein großer Nachtheil für die in der Stadt wohnenden gelehrten Arbeiter sei, daß die vielen ungelerten auf dem Lande wohnenden Arbeiter für die Organisation nicht zu haben sind.

Nach einer 15minütigen Mittagspause wurden nach 2 Uhr die Arbeiten der Konferenz wieder aufgenommen. Punkt 2 der Tagesordnung: Arbeitslosenunterstützung wurde von Schlöcke mit einem Referat eingeleitet.

In der Diskussion spricht sich Holstein-Rudwigsburg für die Arbeitslosenunterstützung aus. Härtner-Reutlingen meinte, ob es nicht möglich wäre, den Beitrag nur auf 25 M zu erhöhen und die Unterstützung in Klassen, wie in den Ortskrankenkassen, einzutheilen.

Punkt 3, Gründung eines Agitationskomitees, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt und die bisherige Praxis beibehalten.

Punkt 4, Stellungnahme zur Maffei, konnte wegen der vorgekauften Zeit nicht mehr eingehend diskutiert werden. Den einzelnen Orten wurde, wo die Möglichkeit einigermaßen vorhanden ist, eine rege Agitation zu entfalten empfohlen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

An die Centralwahlkomitees richten wir hierdurch das Ersuchen, uns sofort nach Zusammenstellung der Wahlergebnisse den Namen (Vor- und Nachnamen), den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegirten mitzutheilen.

Bezüglich der Regil-Broschüren geben wir bekannt, daß der uns zur Verfügung gestandene Vorrath bereits aufgebraucht ist und weitere Bestellungen nicht mehr befriedigt werden können.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß noch eine Anzahl Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung zur Verfügung stehen und hat der Vorstand beschlossen, dieselben zu einem billigeren Preise an die Verwaltungsstellen abzugeben.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 122859 des Glendrehers Leonhard Schnellbacher, geb. zu Güttenfeld am 11. Dezember 1873.
125699 des Schlossers Franz Quiatowski, geb. zu ? am 19. November 1853.
144018 des Werftarbeiters Johann Prien, geb. zu Altona am 27. November 1864.
240258 des Schmiedes Fritz Weber, geb. zu Stendal am 26. Oktober 1876.

- 259062 des Schlossers Karl Neubert, geb. zu Schwiebus am 17. Januar 1881.
270473 des Arbeiters Fritz Meier, geb. zu Siele am 2. Oktober 1877.
274582 des Schlossers Hermann Wunderlich, geb. zu Hamburg am 14. Mai 1876.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Wörner, Stuttgart, Neckarstraße 180/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Korrespondenzen.

Formen.

Alt- und Hengersdorf. Der Streik der Formen bei der Firma Thiele & Lindner dauert unverändert fort. Zugug ist streng fernzuhalten.

Bonn. Zugug von Formern ist fernzuhalten von Steckborn (Schweiz), Firma Bächtold & Co. Es ist Streik in Aussicht.

Leipzig. Genosse Max Pfäller schreibt uns zu dem Bericht über die Leipziger Formerverammlung vom 8. Jan. in Nr. 4: „Ich habe nicht gesagt, der Vorstand des Centralvereins habe überhaupt nicht geantwortet, sondern später als der des D. M. B.“

München. In einer im Dezember v. J. hier abgehaltenen Formerverammlung nahmen die Formen Münchens zu den Einigungsbestrebungen Stellung. Höchner (Centralv.) führte aus: Den angeregten Formertag halte er zur Zeit für unnütz, auch dürfe man einem solchen keine weitgehenden Kompetenzen einräumen, um eine Majorisirung, der sich der eine oder andere Theil nicht füge, zu vermeiden.

Klempner.

Cassel. Die letzte Klempner- und Installateurversammlung verhandelte über die bereits veröffentlichten Lohnstatistik. Beschlossen wurde, sich durch die Vertrauensmänner der Werkstätten die Adressen sämtlicher in Cassel und der Umgegend wohnenden und arbeitenden Klempner und Installateure zu verschaffen.

Leipzig. Am 22. Januar fand eine von 250 Personen besuchte Klempnerversammlung im „Coburger Hof“ statt mit der Tagesordnung: Unsere diesjährigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Kollege Rehsbaum gab die von der Innung für dieses Jahr gemachten Zugeständnisse bekannt, und verlas hierauf eine Statistik über die Lebenslage der verheiratheten Leipziger Klempner.

Metall-Arbeiter.

Altenburg. In der am 14. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde, nachdem die Abrechnung vom 4. Quartal für richtig anerkannt, zur Jahresrechnung geschritten, welcher wir Folgendes entnehmen: Die Gesamteinnahme betrug M 7297,43, die Gesamtausgabe M 7297,98, davon an die Hauptkasse gefandt M 5500, für Reizegel M 128,02, für Rechtschutz M 61,60, Bibliothekszwecke M 49,20, für sonstige Ausgaben als: Verwaltung, Gewerkschaftskartell, Unterstützung in Noth gerathener Mitglieder usw. M 1559,56.

Kassel. Die Firma Beck & Henkel hat ein neues Mittel erfunden, die Arbeiter von den Versammlungen abzuhalten.

Chemnitz. In der Versammlung am 20. Januar fand die Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung aus voriger Versammlung statt.

Ermittschau. Am 21. Januar tagte hier eine starkbesuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Vortrag über Arbeitslosenunterstützung; die Landeskonferenz und Wahl eines Delegierten hierzu.

Dresden. Mit dem Streik der Arbeiter in der Maschinenfabrik von Fischer & Wünsch beschäftigte sich eine öffentliche Metallarbeiterversammlung am 31. Januar.

Frankenthal. In der am 28. Januar abgehaltenen Versammlung wurde Bericht über 1898 erstattet. Lohnbewegungen fanden 4 statt, bei 3 wurde eine kleine Aufbesserung der Löhne erreicht.

Helmstedt. In der am 28. Januar abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung wurde nach eingehender Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung folgende Resolution einstimmig angenommen.

Sirchheim a. Od. In der letzten Versammlung wurden gewählt: Gg. Bierlein als Bevollmächtigter, Joh. Oberpäppler als Kassier, als Revisoren Wilh. Kraier, Joseph Böhm und Fr. Reinhard.

Ilwauers. In der am 23. Jan. abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Maßbach-Berlin über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung referierte, wurde nach einer längeren Debatte einstimmig beschlossen, für Einführung derselben einzutreten.

Planitz i. B. In der am 21. Januar abgehaltenen Versammlung wurde als Vertrauensmann Schlegel einstimmig wiedergewählt, als Delegierte in das Gewerkschaftstaktik: Steinfeld, Huber, Brödel und Metz.

Prössa. In Eisenwert Gröbzig spielen die Herren Vorarbeiter in allen Bezirken der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gegenüber eine nicht weniger als rühmliche Rolle, sie möchten sozusagen als Segner unserer Bewegung die erste Geige spielen.

Rathenow. Am 14. Jan. fand für die drei Sektionen des D. M. B. eine Versammlung statt, in der Kollege Hohlrad-Berlin über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhebung der Beiträge referierte.

Riesa a. d. Elbe. Die Direktion der Eisenwerke Gröbzig scheint nicht gern Wort zu halten. Die Generaldirektion hat im Monat Mai 1898 in einem Briefe an den Bevollmächtigten Schreiber-Riesa erklärt, daß in ihrem Werke niemand solle gemacht werden und daß wo Mängel anständigen, sofort Abhilfe geschaffen werde.

Darum Kollegen, zeigt Euren Mut auch weiterhin, hinein in die Organisation!

Saalfeld. In der hiesigen Maschinenfabrik und Eisengießerei Alt.-Gef. Wilhelmshütte herrschen seit einiger Zeit wahrhaft traurige Zustände. Die früher verhältnismäßig liberalen Einrichtungen sind schon lange zum alten Eisen geworden.

Schwet. Wegen Maßregelung des Sekretärs des Arbeiterbundes „Dynamo“ sind am 2. Februar 950-1000 Arbeiter der Firma Brown Boveri & Co. in Baden (Aargau) Maschinenfabrik in den Ausstand getreten.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Kamenz. Bezugnehmend auf die Berichtigung von Herrn Drehermeister Roth in Nr. 1 der „Metallarb.-Ztg.“ erlauben wir uns, ihm Einiges zu erwidern. Er berichtet: „Als ich von Kamenz abging, war ich in der Lage, sämtliche guten Leute mitzunehmen, indem dieselben noch in meine Wohnung kamen und mich bat, dieselben zu berücksichtigen.“

Wahlershausen. Hier legten kürzlich wegen Differenzen betreffs der Freitagzahlung 45 Schlosser bei der Firma Zimmermann die Arbeit nieder.

Feilenhauer.

Chemnitz. Zu den im vorigen Jahre wiederholt unter dieser Rubrik enthaltenen Anregungen, eine rege Agitation unter den deutschen Feilenhuern zu entfalten und einen einheitlichen Lohnsatz zu erstreben, will ich hier Einiges bemerken.

